

Die Stadt sollte die Finger von Öffentlich-Privaten-Partnerschafts (ÖPP)-Modellen lassen

In Heidelberg werden Projekte der öffentlichen Hand zunehmend über Öffentlich Private Partnerschafts-Projekte (ÖPP) finanziert, so etwa der Neubau des Justizgebäudes in der Bahnhofstraße. Die Stadt selbst hat bisher solche Projekte eher in atypischer Weise mit der stadteigenen Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz durchgeführt. Hierbei wird der direkte Einfluss des Gemeinderates zwar erschwert, aber nicht ausgeschlossen. Das PPP-Modell hier dazu benutzt, um eine Schuldenaufnahme der Stadt zu verschleiern und den Haushalt auch bei hoher Verschuldung noch genehmigungsfähig zu machen. Die langfristigen finanziellen Verbindlichkeiten bleiben natürlich unverändert, die Belastung aus Zinsen erhöhen sich in der Regel gegenüber einer klassischen Finanzierung über Kommunalkredite.

Inzwischen werden aber offenbar auch klassische ÖPP-Projekte vom Oberbürgermeister in Erwägung gezogen, etwa für das neue Kongresszentrum an der Stadthalle. Hier birgt ein ÖPP-Modell erhebliche Risiken:

- die Reduzierung der klassischen Tätigkeitsfelder der Vermögens- und Hochbauverwaltung bei der Stadt,
- die Gefährdung von Arbeitsplätze,
- die Verlagerung des unternehmerischen Zieles – weg von der optimalen Erledigung der staatlichen Aufgaben und der Zufriedenstellung der Bürger – hin zur Profitmaximierung,
- der Ausschluss kleiner Handwerksbetriebe zugunsten überregional operierender Bauträger
- auf lange Sicht: ein finanzieller Mehraufwand aufgrund der Einschaltung von Privatunternehmen.

Die Rechnungshöfe haben wiederholt die Gesamtwirtschaftlichkeit und Sinnhaftigkeit des PPP-Wesens in Frage gestellt, vor kurzem auch der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtages (s. <http://stadtpolitik-heidelberg.de/Stellungnahmen/PDF/PPPBayrischerLandtagUP-2009-12-19.pdf>). Aus heutiger Sicht erscheinen ÖPP-Modelle kaum vertretbar, in jeden Fall aber in hohem Maße risikobehaftet. Die Stadt sollte die Finger davon lassen.